

# Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich

## Anlass:

Die Schweiz und Deutschland hatten im April 2008 vereinbart, gemeinsam eine Analyse der vom Flughafen Zürich ausgehenden Gesamtlärmbelastung zu erstellen. Man kam überein, dass dann die Schweiz einen Vorschlag für die Neuregelung der Anflüge vorlegen werde. Die Analyse liegt nun vor.

## Grund:

Die Schweiz zieht aus der Analyse den Schluss, in Südbaden gebe es keinen rechtlich erheblichen

Lärm. „Grenzwerte“, seien nicht überschritten, und deshalb müssten die Sperrzeiten der DVO fallen. Diese Forderung wurde über die Medien bereits mit Nachdruck erhoben. Es ist zu erwarten, dass die Schweiz nun versuchen wird, ihre Interessen mit einer diplomatischen Offensive durchzusetzen.

Angesichts dieser Vorstöße erklären die Unterzeichnenden:

1. Die Behauptung, Lärm sei erst jenseits von „Grenzwerten“ rechtlich erheblich, ist falsch. Grenzwertüberschreitungen lösen z.B. Rechtsansprüche auf passive Schallschutzmaßnahmen

an Häusern aus. Auch Lärm unterhalb einer solchen Zumutbarkeitsschwelle ist rechtserheblich. Deutsche Gerichte haben dies mehrfach entschieden.

Sie haben erkannt, dass die besonders lärmempfindlichen Tourismusregionen Südschwarzwald, Bodensee und Baar durch eine Beschränkung des Flugverkehrs vor allem in den besonders lärmempfindlichen Tagesrandzeiten und an Wochenenden geschützt werden müssen.

2. Vereinbarungsgemäß hat die Schweiz nun einen Vorschlag vorzulegen. Dieser Vorschlag muss eine weitere Entlastung Südbadens vom Flugverkehr beinhalten. Er muss sich deshalb an folgender Position orientieren:

- Übernahme von max. 80.000 Anflügen pro Jahr, soweit die Schweiz den technischen Nachweis für deren Erforderlichkeit erbringen kann.
- Uneingeschränkte Beibehaltung der Sperrzeiten der 220. DVO.
- Keine Abflüge über deutschem Gebiet.
- Keine Hinnahme von Umweg- und Warteflügen über deutschem Gebiet.
- Aufhebung des Warteraumes „RILAX“.
- Kein „gekröpfter“ Nordanflug.

3. Die Lärmbelastungsanalyse liefert *eine*, nicht aber die alleinige Betrachtung für die auf einen Schweizer Vorschlag folgenden Gespräche in der deutsch-schweizerischen „AG Zürich“. Weitere wesentliche Gesichtspunkte sind einzubeziehen. Dazu zählt insbesondere,

- dass der Flughafen Zürich kein deutscher Flughafen ist, woraus die unbestrittene völkerrechtliche Pflicht folgt, die Lasten des Flughafens grundsätzlich selbst zu tragen,
- dass es kein Recht auf Nutzung des Luftraums des Nachbarstaats für An- und Abflüge gibt,
- dass die Schweiz deutsches Staatsgebiet für ihre Zwecke überplant hat, ohne dass die südbadische Bevölkerung irgendeine Möglichkeit gehabt hätte, ihre Interessen einzubringen,
- dass jenseits eines Radius von 15 km um die Flughafenmitte – dies entspricht etwa der Entfernung zur deutschen Staatsgrenze – die am stärksten belärmte Fläche in Deutschland liegt,
- dass betriebstechnisch sämtliche Flugbewegungen über Schweizer Staatsgebiet abgewickelt werden können.

4. Die südbadische Bevölkerung ist nach wie vor bereit, einen beträchtlichen Teil der Anflüge zu tragen, allerdings nicht im bisherigen Umfang. Die Rahmenbedingungen für eine akzeptable Lastenübernahme sind im Manifest vom 12. September 2006 und

in der unter Punkt 2 genannten Position dargestellt.

Stuttgart, den 25.11.2009

Die „Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich“ vom 25.11.2009 haben bisher unterzeichnet:

- Landrätin Dorothea Störr-Ritter
- Landrat Tilman Bollacher
- Landrat Guido Wolf, MdL (CDU)
- Landrat Frank Hämmerle
- Landrat Karl Heim
- Landrat Walter Schneider
- Thomas Dörflinger, MdB (CDU)
- Peter Friedrich MdB (SPD)
- Armin Schuster MdB (CDU)
- Andreas Jung MdB (CDU)
- Peter Straub, Präsident des Landtages von Baden-Württemberg (CDU)
- Veronika Netzhammer MdL (CDU)
- Karl Rombach MdL (CDU)
- Andreas Hoffmann MdL (CDU)
- Dr. Klaus Schüle MdL (CDU)
- Fritz Buschle MdL (SPD)
- Alfred Winkler MdL (SPD)
- Siegfried Lehmann MdL (GRÜNE)
- Reinhold Pix MdL (GRÜNE)
- Walter Krögner MdL (SPD)
- Rainer Stickelberger MdL (SPD)
- Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon, Villingen-Schwenningen
- Oberbürgermeister Thorsten Frei, Donaueschingen
- Oberbürgermeister Martin Albers, Waldshut-Tiengen
- Bürgermeister Martin Benz, Hohentengen
- Bürgermeister Volker Jungmann, Klettgau
- Bürgermeister Heinz Brennenstuhl, Gailingen
- Bürgermeister Walter Klumpp, Bad Dürkheim
- Bürgermeister Dr. Michael Klinger, Gottmadingen
- Bürgermeister Gunnar Lang, Büsingen
- Bürgermeister Georg Lettner, Brigachtal
- Bürgermeister Anton Knapp, Hüfingen
- Bürgermeister Jürgen Guse, Bräunlingen
- Bürgermeister Rolf Schmidt, Bernau
- Bürgermeister Norbert Moosmann, Rickenbach
- Bürgermeister Roland Arzner, Weilheim
- Bürgermeister Matthias Baumann, Blumberg
- Bürgermeister Thomas Kaiser, Häusern
- Bürgermeister Georg Eble, Wutöschingen
- Bürgermeister Christian Mauch, Wutach
- Bürgermeister Herbert Kiefer, Todtmoos
- Bürgermeister Thomas Fechtig, Ühlingen-Birkendorf
- Edwin Fluck, Bürgerinitiative gegen Züricher Flugbelastungen Schwarzwald-Baar-Kreis
- Winfried Stroscher, Bürgerinitiative Landkreis Konstanz
- Rolf Weckesser, Bürgerinitiative Landkreis Waldshut e.V.
- Marga Hopkinson, Bürgerinitiative Klettgau

- Hannelore Leister, Bürgerinitiative Hohentengen
- Barbar Stroscher, Bürgerinitiative gegen Flugbelastung e.V.
- Frau Fink, Bürgerinitiative Südbadische Flughafenrainer BISF e.V.

.....

## **Manifest**

### **... zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich**

#### Die aktuelle Situation

Der Flugverkehr des Flughafens Zürich-Kloten belastet Menschen und Umwelt in der deutschen Grenzregion zur Schweiz bis weit in den Südschwarzwald, die Baar, den Hochrhein und die Bodenseeregion hinein. Etwa 80 % aller Anflüge auf den Flughafen

Zürich erfolgen über den Grenzraum. Darüber hinaus wird der süddeutsche Raum als

Großwarte- und Anflugraum genutzt.

#### Erforderlichkeit

Die Notwendigkeit der Flugbewegungen ist weder dem Grunde noch dem Umfang nach

belegt. Es ist insbesondere nicht dargetan, in welchem Umfang die Nordanflugverfahren, die über das deutsche Staatsgebiet abgewickelt werden, betrieblich überhaupt notwendig sind. Die bei der Erarbeitung des Sachplanes Infrastruktur Luftfahrt der Schweiz verwendeten Untersuchungen belegen die prognostizierte Entwicklung der Flugbewegungen nicht. Eine konsistente, belastbare und nachhaltige Analyse der Nachfrageentwicklung liegt nicht vor.

#### Folgen

Eine qualitative und quantitative Bewertung der von den Flugbewegungen ausgehenden Belastung und der Risiken für Bevölkerung, Tourismus und Umwelt ist nicht erfolgt. Eine Gesamtbilanz des volkswirtschaftlichen Nutzens des Flughafens ist nicht vorhanden.

#### Entscheidung über die Belastungen:

Ausländische, privatwirtschaftlich Handelnde entscheiden weitgehend über Menge und

Intensität der Belastung im süddeutschen Raum. An den Untersuchungen, die Grundlage des SIL-Prozesses sind, war die von der Belastung betroffene Region des süddeutschen Raums nicht beteiligt.

#### Unsere Position

1. Im Südwesten Baden-Württembergs leben mehrere hunderttausend Menschen. Überdies ist der Südwesten Baden-Württembergs mit dem Naturpark Südschwarzwald

und der Bodenseeregion das bedeutendste Erholungs- und Tourismusgebiet des Landes. Der Schutz dieser Region und ihrer Ruhezeiten ist unser Leitgedanke.

2. Flugverkehr ist im Rahmen seines Gesamtnutzens akzeptabel. Flugverkehr soll der

lokalen Bevölkerung nützen und den Standort stützen. Ein Hub nützt fast nur den Betreibern, darf daher keine Auswirkungen auf den südwestdeutschen Raum haben und ist auf ein Minimum zu reduzieren.

3. Grundlage der Beurteilung der Belastungssituation muss anstelle von Lärmintensitätsdefinitionen die messbare Anzahl der Flugbewegungen im südwestdeutschen Luftraum sein.

4. Es ist von den Beteiligten ein Entlastungskonzept zu erarbeiten.

Die Koalitionsvereinbarung zur 14. Legislaturperiode des Baden-Württembergischen Landtags definiert die Obergrenze des möglichen Verhandlungsspielraums.

Das Argument, der Nordanflug habe sich "historisch entwickelt" und sei als "Gewohnheitsrecht" anzusehen, trägt nicht. Die Nordausrichtung des Flughafens ist allein Folge einer jahrelangen einseitigen Politik der Schweiz, die von Deutschland zu keinem Zeitpunkt anerkannt wurde. Sie kann daher weder für die Vergangenheit noch

für die Zukunft eine Rechtfertigung für die Beibehaltung der Nordausrichtung sein und

ist daher als Ausgangsbasis für die zukünftige Entwicklung auszuschließen.

5. Die Belastungen sind in erster Linie in der Schweiz zu konzentrieren. Denn dort können die Menschen über den Betrieb, und damit über die unvermeidlich entstehenden Belastungen entscheiden.

6. Die Bedeutung des Flughafens Basel/Mulhouse für den Südwesten Baden-Württembergs ist in alle Überlegungen einzubeziehen.

7. Klare Regeln sichern und schaffen gute Nachbarschaft. Nachhaltige, kontrollierbare

und bei Nichteinhaltung mit Sanktionen versehene Regelungen zur Entlastung sind notwendig. Die Daten der Kontrolle über die Flugbewegungen, eingeschlossen die Flugspuren und Daten über die Flüge, müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.

8. Ein wie auch immer strukturiertes Junktim mit anderen politischen Anliegen wird abgelehnt.

Der nächste Schritt/h3>

Es muss für den südwestdeutschen und nordschweizerischen Raum eine grenzübergreifende Konzeption auf der Basis unserer Position erarbeitet werden.

Das Manifest zur Flugverkehrsbelastung haben bisher unterzeichnet:

- Landrat Tilman Bollacher
- Landrat Guido Wolf, MdL (CDU)
- Landrat Frank Hämmerle
- Landrat Karl Heim
- Landrat Walter Schneider
- Landrat Jochen Glaeser
- Siegfried Kauder, MdB (CDU)
- Thomas Dörflinger, MdB (CDU)
- Andreas Jung, MdB (CDU)
- Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB (SPD)
- Peter Friedrich, MdB (SPD)
- Marion Caspers-Merk, MdB (SPD)
- Ernst Burgbacher, MdB (F.D.P)
- Peter Straub, Präsident des Landtages von Baden-Württemberg (CDU)
- Ulrich Lusche, MdL (CDU)
- Veronika Netzhammer, MdL (CDU)
- Karl Rombach, MdL (CDU)
- Andreas Hoffmann, MdL (CDU)
- Klaus Schüle, MdL (CDU)
- Fritz Buschle, MdL (SPD)
- Alfred Winkler, MdL (SPD)
- Siegfried Lehmann, MdL (GRÜNE)
- Reinhold Pix, MdL (GRÜNE)

- Oberbürgermeister Martin Albers
  - Bürgermeister Matthias Baumann
  - Bürgermeister Martin Benz
  - Bürgermeister Volker Jungmann
  - Bürgermeister Walter Klumpp
  - Bürgermeister Georg Lettner
  - Bürgermeister Thomas Schäuble
  - Oberbürgermeister Thorsten Frei
  - Oberbürgermeister Horst Frank
  - Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon
  - Bürgermeister Heinz Brennenstuhl
  - Bürgermeister Alexander Fink
  - Bürgermeister Severein Graf
  - Bürgermeister Manfred Jüppner
  - Bürgermeister Peter Kessler
  - Bürgermeister Ottmar Kledt
  - Bürgermeister Anton Knapp
  - Bürgermeister Hans-Peter Lehmann
  - Bürgermeister Johannes Moser
  - Bürgermeister Alfred Mutter
  - Bürgermeister Artur Ostermaier
  - Bürgermeister Thomas Fechtig
  - Bürgermeister Georg Eble
  - Hans Studinger, Senioren-Union der CDU Kreisverband Waldshut
  - Roland Schöttle, Naturpark Südschwarzwald
  - Bernd Schneck, Naturpark Obere Donau
  - Karl-Heinz Dunker, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord
  - Wolfgang Friedrich, Bund für Umwelt und Naturschutz
  - Dr. Bernd Kröber, Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis
  - Edwin Fluck, Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis
  - Winfried Stroscher, Bürgerinitiative Landkreis Konstanz
  - Rolf Weckesser, Bürgerinitiative Landkreis Waldshut
  - Marga Hopkinson, Bürgerinitiative Klettgau gegen Lärm und Schadstoffbelastung durch Flugverkehr
  - Sabine Gems-Thoma, Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung Hohentengen
  - Christopher Krull, Schwarzwald-Tourismus GmbH
  - Hans Rauch und Axel Ackermann, Verband Wohneigentum Baden-Württemberg
- Stand: 27.06.2008